



3. Ausgabe/Juli 2014

## Europa hat gewählt – was nun?

Mit Besorgnis erwartet, ist das ganz große Erdbeben bei den diesjährigen Europawahlen letztlich ausgeblieben: Populistische Parteien haben im Europäischen Parlament (EP) keine Vormachtstellung erlangt. Zwar ist eine größere Zahl Abgeordneter populistischer Parteien – vorwiegend rechter, aber auch linker Couleur – ins EP eingezogen, insgesamt also etwas über 100 Abgeordnete, je nachdem, wen man dazu rechnet. Damit ist der Anteil der Eurokritiker\_innen im Parlament deutlich auf ca. 15 Prozent gewachsen. Aber eine Lähmung der Arbeit des EP muss wohl dennoch nicht befürchtet werden.

Gewinner der Wahl waren vor allem die Konservativen, so dass die *Europäische Volkspartei (EVP)* mit 221 Mandaten nun die stärkste Fraktion bildet – dicht gefolgt von dem *Sozialdemokratischen S&D-Fraktionsbündnis* mit 191 Sitzen. Alle weiteren Fraktionsbündnisse haben mit jeweils ca. 50 bis 60 Sitzen eine vergleichbare Stärke erlangt. Auch die *EKR*, das Bündnis der Europäischen Konservativen und Reformisten, dem sich die meisten populistischen Vertreter\_innen angeschlossen haben, setzt sich demgegenüber nur mit einem minimalen Mehr an Stimmen (70 Sitze) ab und ist damit auf politische Kompromisse und Verhandlungen angewiesen. Bereits bei dem wochenlangem Gezerre um das Amt des Kommissionspräsidenten zeigten sich *EVP* und Sozialdemokraten tonangebend: Nun steht endlich fest, dass Jean-Claude Juncker Präsident wird, dem Prinzip von „Spitzenkandidaturen“, das erstmalig auf die EP-Wahlen angewandt wurde, wurde so am Ende Rechnung getragen. Der Souverän des „europäischen Volkes“ hat sich gegenüber den Vertreter\_innen der Nationalstaaten durchgesetzt. Dies ist ein Etappensieg auf dem Weg zu einer neugestalteten europäischen Demokratie und stärkt de facto das EP auf mittlere Sicht.

Ebenso ist zu bemerken, dass den rechtspopulistischen Parteien – Marine Le Pens *Front National (FN)*, Geert Wilders *Freiheitspar-*

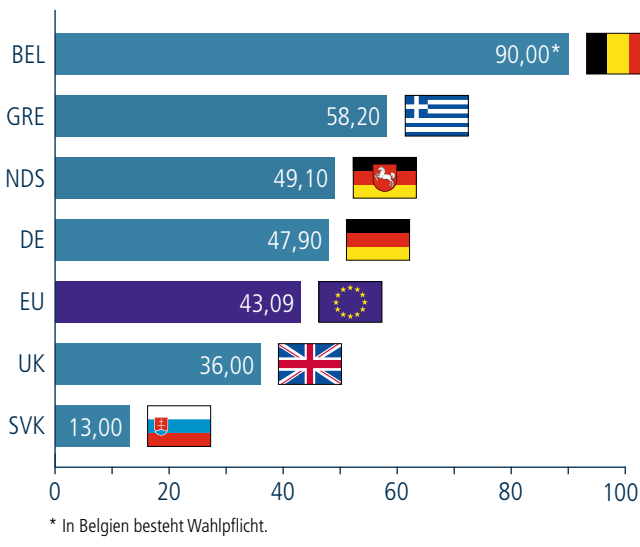
*tei, Wahre Finnen* etc. – eine gemeinsame Fraktionsbildung im EP bisher nicht gelungen ist: Zwar haben sie zusammen mehr als 25 Abgeordnete, aber nicht aus sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten, die für eine Fraktionsbildung notwendig wären. Dass bei derartiger Zersplitterung am Rand des politischen Spektrums die Arbeit des EP dauerhaft durch „Populist\_innen“ gestört wird, ist eher nicht zu erwarten. Das EP dürfte auch in der kommenden Legislaturperiode bis 2019 mit einer Art „Großen Koalition“ aus den vier tragenden Parteien entscheiden – der *EVP*, den *S&D*, den *Liberalen (ALDE)* sowie den *Grünen*. Die populistischen Kräfte werden das EP vermutlich eher als Bühne nutzen, um durch anti-europäische Beiträge ihre nationalen Anhänger\_innen bei Laune zu halten.

Das EP, die europäischen Institutionen insgesamt und damit die Europäische Union (EU) haben damit – zunächst – eine große Probe bestanden. Der „populistische Tsunami“ nach fünf Jahren Eurokrise ist ausgeblieben. Die Demokratie in Europa ist nicht weggeschwemmt worden. Im Gegenteil: Der fast verbissene, wochenlange und europaweite Streit um Juncker als Kommissionspräsidenten im Anschluss an die Wahlen hat vielleicht doch dem einen oder der anderen EU-Bürger\_in signalisiert, dass bei diesen Wahlen einiges auf dem Spiel stand: Wer die Wahlen gewinnt, stellt den „Regierungs“-Chef in Europa. Bei dieser Frage haben die sogenannten „Pro-Europäer\_innen“ letztlich einen Sieg davon getragen. Dieser mehr als symbolische Durchbruch geht auf das Konto dieser Europawahlen. Und es verwundert nicht, dass die Briten, die noch nicht in der politischen Dimension Europas angekommen sind, sondern die EU im wesentlichen als Markt betrachten, sich bis zuletzt vergeblich dagegen aufgebäumt haben.

Dennoch hinterlassen die Europawahlen 2014 in vielerlei Hinsicht gemischte Gefühle und werfen einige Fragen und strukturelle Probleme auf.



### Wahlbeteiligung in Prozent



### Europa zwischen Ost und West

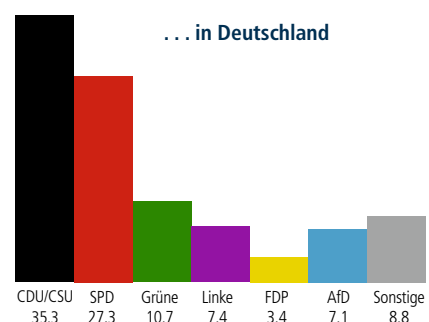
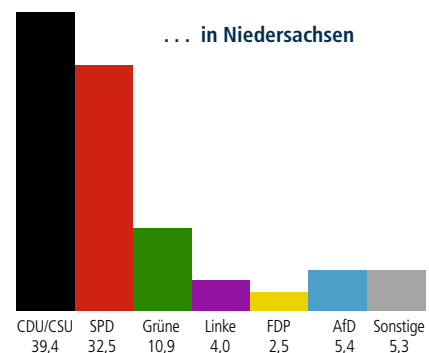
Auffällig ist zum einen ein scharfer Abfall der Wahlbeteiligung von West nach Ost. Während im gesamten Durchschnitt 43 Prozent der europäischen Bürger\_innen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben – was gemessen an nationalen Wahlen immer noch wenig ist, im Vergleich z. B. aber zu Parlamentswahlen in den USA (33 Prozent bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus) wiederum recht viel –, ist in einigen osteuropäischen Staaten die Wahlbeteiligung deutlich unter 20 Prozent geblieben, so z. B. in Tschechien oder in der Slowakei (13 Prozent). In diesen Ländern werden freilich auch bei nationalen Wahlen keine sonderlich hohen Werte erreicht. Doch es stellt sich die Frage, wie die EU in Zukunft mit der spezifischen Politik- und Europaverdrossenheit in Osteuropa umgehen soll. Denn Osteuropa scheint sich offensichtlich abgehängt zu fühlen. Ob die Wahlbeteiligung u. a. auch zum Ausdruck bringt, dass sich einige osteuropäische Staaten schon als „Zweite-Klasse“-Europäer\_innen gegenüber Kern-europa bzw. der Eurozone und mithin nicht mehr dazugehörig fühlen, ist eine interessante Frage, auf die die EU Antworten finden muss. Die „Spitzenkandidaturen“ sind in den osteuropäischen Ländern ebenfalls allgemein viel weniger als politische Profilierung einzelner Parteien diskutiert oder perzipiert worden. Die damit verbundene – und erstrebte – Politisierung der EU-Institutionen war tatsächlich eher eine Angelegenheit der Euro-Zone. Auch ist die parlamentarische Vertretung der meisten osteuropäischen Länder eher gering: Slowenien z. B. entsendet nur 8 Abgeordnete; selbst die größeren Staaten wie etwa Ungarn stellen nur 21 Abgeordnete. Natürlich ist es da schwer, eine nationale Mobilisierung bei der Bevölkerung zu erreichen. Durchbrochen werden könnte dieser Trend ledig-

lich, wenn bei den nächsten anstehenden Wahlen die Idee von transnationalen Listen konsequent verfolgt wird.

### Europa zwischen Geber- und Nehmerländern

Auffällig ist zweitens, dass kein einheitlicher Trend als Reaktion auf die Eurokrise in den einzelnen Ländern erkennbar ist: Nordeuropäische Länder wie Finnland oder auch in geringem Maße Österreich, die nicht von der Austeritätspolitik betroffen waren, haben eine rechtspopulistische Partei hervorgebracht; während südeuropäische Länder, die ökonomisch und sozial stark von der Eurokrise betroffen waren – z. B. Spanien oder Portugal – keine rechtspopulistischen Parteien ins EP gewählt haben. In Spanien ist dagegen eher ein stark ausgeprägter Regionalismus (Katalonien) ein Problem. Dazu gab es mit *Podemos* eine junge, linke Partei, die aus dem Stand 8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und die im Wesentlichen von der *Indignados*-Bewegung und den Krisenprotesten getragen wurde. *Podemos* richtet sich zwar gegen die Auswirkungen der europäischen Austeritätspolitik, nicht aber im eigentlichen – oder in einem populistischen – Sinn gegen Europa. Ein einheitliches Muster zwischen sogenannten Geber- und Nehmerländern ist also nicht auszumachen. Das von der Eurokrise besonders stark betroffene Griechenland kann hier fast als Sonderfall gelten: Es hat sowohl einen starken linken Rand (*Syriza* mit knapp 27 Prozent) als auch

### Wahlergebnisse in Prozent



eine starke rechtsextreme Kraft (*Goldene Morgenröte* mit über 9 Prozent) hervorgebracht. Diese Ergebnisse sind mit Blick auf die weitere innenpolitische Entwicklung in Griechenland mit Sorge zu beobachten, denn binnenpolitisch ist die Implosion des griechischen Parteiensystems bedenklich. Ungarn auf der anderen Seite stellt z. B. ebenfalls einen sehr problematischen Sonderfall dar: Zählt man die *Fidesz*-Stimmen für Regierungschef Viktor Orbán und die Stimmenanteile von *Jobbik* zusammen, dann kommt man in Ungarn auf einen über 65-Prozent-Anteil von rechtspopulistischen Stimmen.

Gleichzeitig gibt es einige positive Überraschungen: Matteo Renzi, mitte-links und dezidiert pro-europäisch, konnte mit einem pro-europäischen Bekenntnis im stark von Austerität geplagten Italien Stimmen hinzugewinnen. Das heißt, dass man auch mit dem Ruf nach „mehr Europa“ Wahlen gewinnen kann, wenn man nur den Mut hat. Dasselbe gilt für die junge, dynamische und pro-europäische Partei *Neos* in Österreich, die aus dem Stand auf 8 Prozent gekommen ist. Und die deutsche *CSU* wurde für ihre anti-europäischen Parolen abgestraft, auch dies ist denkwürdig. Das Ergebnis ist also in jeder Hinsicht durchmischt, mit problematischen und hoffnungsvollen Elementen.

## INTERVIEW MIT MATTHIAS GROOTE

*Wie schätzen Sie persönlich das Ergebnis der Europawahlen ein? Was bedeutet es für Ihre zukünftige Arbeit?*

Ich freue mich, dass die *SPD* bei dieser Europawahl deutlich dazugewonnen hat und ich mit vier zusätzlichen Kolleg\_innen in der deutschen sozialdemokratischen Gruppe zusammenarbeiten kann. Ich glaube, dieses Ergebnis haben wir vor allem dem engagierten Wahlkampf unseres Spitzenkandidaten Martin Schulz zu verdanken, der gezeigt hat, dass wir Sozialdemokrat\_innen für ein neues Europa kämpfen. Jetzt müssen wir im EP Mehrheiten für unsere Ziele finden.

*Es gilt auch, einen Weg zu finden für den Umgang mit den erstarkten rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften im EP. Wie könnte dieser Ihrer Meinung nach aussehen?*

Es ist in der Tat erschreckend, wie hoch der Anteil an rechtsgerichteten Strömungen im Parlament nun ist. Die Enttäuschungen und der Frust über die Politik in der EU sind zum Teil sehr groß, so dass dieses Ergebnis mit Ansage kam. Das würdelose Gezerre um den Posten des Kommissionspräsidenten und die Ignoranz der Staats- und Regierungschefs gegenüber dem demokratischen Votum in Europa war auch nicht hilfreich. Ich glaube, wir – und damit sehe ich Politik und Medien in der Pflicht – müssen deutlicher machen, welche Folgen eine Re-Nationalisierung hätte.

*Welche thematischen Schwerpunkte wollen Sie persönlich in der kommenden Legislaturperiode setzen, was wird besonders wichtig werden für Niedersachsen?*

Auch in der nächsten Legislaturperiode möchte ich gerne meine Arbeit in der Umwelt- und Energiepolitik fortsetzen. Vor uns liegt die Herausforderung, eine verbindliche und ehrgeizige europäische Klimapolitik bis 2030 festzuschreiben. Eng damit verbunden ist die Sicherstellung einer zuverlässigen und erschwinglichen Energieversorgung für Unternehmen und Verbraucher\_innen. Ich setze mich außerdem

für eine Reform des europäischen Emissionshandels ein. Die Energiewende ist für Niedersachsen als wesentlicher Windenergiestandort natürlich von großer Bedeutung. Aber auch in weiteren für die niedersächsische Wirtschaft wichtigen Bereichen, wie der maritimen Wirtschaft, der Automobilbranche oder in der Landwirtschaft, spielen Nachhaltigkeitsaspekte eine immer größere Rolle.

*Sie sind gerade im umweltpolitischen Bereich ein Fachmann: Wie schätzen Sie die Chancen für einen nachhaltige und gemeinsame europäische Klima- und Umweltpolitik ein?*

Bisher hat die EU in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle in der Welt übernommen. Das EP hat sich klar zu ambitionierten Zielen für 2030 bekannt, jetzt ist der Europäische Rat am Zug. Die Staats- und Regierungschefs klüngeln nun gerade an einem so genannten Arbeitsprogramm, daraus wird man sicherlich weitere Schlüsse über den tatsächlichen Ehrgeiz in dieser Sache ziehen können.

*Welchen Weg wird die „Europäische Idee“ in Anbetracht der aktuellen Mehrheitsverhältnisse Ihrer Ansicht nach nehmen?*

Die Krise der EU hat zu einem Vertrauensverlust bei Bürgerinnen und Bürgern geführt. In einigen Ländern hat sich der Frust, zum Beispiel über die Sparpolitik in Europa, in der Wahl nichtdemokratischer Parteien niedergeschlagen. Nichtsdestotrotz sind die demokratischen Parteien und die konstruktiven Kräfte im EP in der deutlichen Mehrheit. Nun gilt es, Europa endlich aus der Krise zu führen.

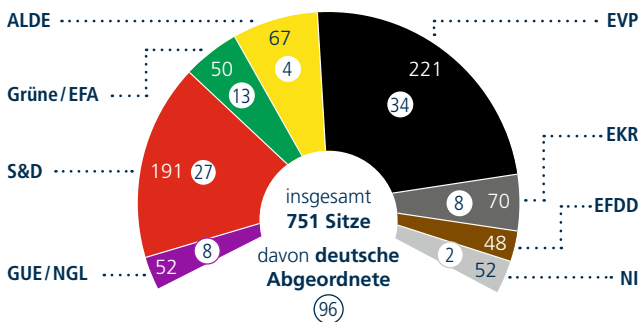
### Matthias Groote

ist ein deutscher Politiker aus Leer (Nds.). Seit 2005 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und umweltpolitischer Sprecher der *S&D*-Fraktion





**Zahl der Sitze nach Fraktionen nach der Wahl am 25.5.14**



ALDE = Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, EFDD = Europe of freedom and direct democracy, EKR = Europäische Konservative und Reformisten, EVP = Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Grüne/EFA = Die Grünen / Freie Europäische Allianz, GUE/NGL = Vereinte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke, NI = Fraktionslose, S&D = Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten.

**Zu guter Letzt: die drei Großen**

Insofern scheint als eigentliche Analyse bemerkenswert, dass nicht der Effekt auf Europa oder seine Institutionen das eigentliche Problem dieser EP-Wahlen ist, sondern der Effekt auf die drei großen europäischen Mitgliedsstaaten. In Frankreich, Deutschland und Großbritannien werden bis 2017 nationale Wahlen stattfinden – in Großbritannien soll neben den regulären Wahlen 2015 im Jahr 2017 auch über die Mitgliedschaft in der EU per Referendum abgestimmt werden – mit unsicherem Ausgang und großen Konsequenzen für ganz Europa. Die potenziellen Auswirkungen der populistischen Stimmen in diesen drei Ländern dürften daher vielleicht das kritischste Element dieser EP-Wahlen sein.

Die gute Nachricht ist zunächst, dass wohl weder Marine Le Pen noch Nigel Farage in Frankreich und Großbritannien bei den bevorstehenden nationalen Wahlen viele Sitze im Parlament erringen werden, da sie bei den EP-Wahlen vom Verhältniswahlrecht begünstigt wurden. Das nationale Wahlrecht in

beiden Ländern sieht indes ein Mehrheitswahlrecht vor. UKIP, die britische Unabhängigkeitspartei, dürfte daher im besten Fall einen Sitz im britischen Abgeordnetenhaus gewinnen; Marine Le Pens FN in Frankreich wenig mehr. Dennoch hat in Großbritannien jede\_r zweite Wähler\_in, die bei den letzten Wahlen noch Camerons Konservative gewählt hatten, für UKIP gestimmt, die damit von 16 auf 27 Prozent emporgeschwungen ist. Für die europapolitische Ausrichtung Großbritanniens dürfte dies zum Problem werden, zumal das Land sich in der EU-Austrittsfrage festgefahren hat. Das britische Erpressungsverhalten bezüglich der Nominierung Jean-Claude Junckers zum Kommissionspräsidenten hat gezeigt, wie sehr sich Cameron vom politischen Konsens entfernt hat und wie isoliert Großbritannien inzwischen europapolitisch steht, flankiert nur noch von Orbáns Jobbik. Den Populist\_innen der UKIP hinterherzulaufen hat Großbritannien ins Abseits geführt, wobei unklar ist, wie das Land hier wieder herausfinden soll.

Marine Le Pen ist aus vielerlei Hinsicht ebenfalls ein großes Problem, denn ihre Gestaltungsmächtigkeit in Frankreich ist groß. Der FN hat sich durch diesen Wahlsieg dauerhaft und fest in Frankreich als dritte Partei etabliert – und er wird nicht von heute auf morgen verschwinden. Die konservative UMP (Union für eine Volksbewegung) steht vor der Implosion, François Hollande und die Sozialisten sind deutlich geschwächt. Marine Le Pen wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zur Präsidentin gewählt werden, aber die anderen Parteien werden sich an ihr abarbeiten müssen. Der populistische Druck auf die französische Mitte dürfte dadurch wachsen. Dieses Ergebnis heißt im Kern auch, dass das deutsch-französische Tandem, der politische Motor Europas bzw. der Euro-Zone, eindeutig geschwächt und in seinen Gestaltungsspielräumen eingeschränkt ist. Besorgniserregend ist auch die Jugendlichkeit des FN, der in der Altersgruppe 18 bis 25 Jahre 8 Prozent über dem Durchschnitt abschneidet. Ein Drittel dieser Generation

**Lesetipps**

- Ernst Hillebrand (Hg., 2014): Right wing populism in Europe – how do we respond? [www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10756&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10756&ty=pdf)
- Christian Kellermann, Benjamin Mikfeld: Europäische Fragen – nationale Antworten. IN: Neue Gesellschaft /Frankfurter Hefte Nr. 7/8 2014, S. 8-11.
- Reinhard Krumm, Anne Seyfferth (Hg., 2014) Europa hat gewählt: kurze Analysen der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 aus den Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. [www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10799&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10799&ty=pdf)
- Cäcilie Schildberg et al. (2014): Europe and social democracy. [www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10723&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10723&ty=pdf)
- Vision Europa, 1. Ausgabe/Dezember 2013: Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union – Chancen und Risiken. <http://tinyurl.com/visioneuropa1>
- Vision Europa, 2. Ausgabe/März 2014: Rechtspopulismus in Europa – Gründe und Hintergründe. <http://tinyurl.com/visioneuropa2>



## EU-MYTHEN UND WAS DRAN IST AN IHNEN

Es kursieren viele Meinungen über „DIE DA“ in Brüssel. Manches mag stimmen, aber einiges kann auch direkt als haltlos aufgeklärt werden. Sechs gängige Mythen über die EU wurden auf Ihren Wahrheitsgehalt geprüft:

1. „EU-Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg.“
2. „In Brüssel regiert ein aufgeblähter Beamtenapparat.“
3. „Die EU hat uns die gute, alte Glühbirne weggenommen.“
4. „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa!“
5. „Brüssel kostet die Bürger zu viel Geld.“
6. „Das Vaterunser hat 56 Wörter, die Zehn Gebote haben 297 und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300. Aber eine Verordnung der EWG-Kommission über den Import von Karamellen und Karamelprodukten zieht sich über 26 911 Wörter hin.“

Die ganze Wahrheit findet sich hier:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-union-sechs-mythen-ueber-die-eu-und-was-wirklich-dran-ist-1.1950690>

wählt also *FN*. Auch das dürfte mittelfristig nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen bleiben.

Das Wahlergebnis zeigt auch, dass die beiden Länder, die die stärkste und für die EU problematischste populistische Bedrohung herausgebildet haben, zufällig zwei große Länder und die ehemaligen Gewinner des Zweiten Weltkrieges sind. Bei aller Verkürzung des Arguments mag die These gewagt werden, dass Frankreich und Großbritannien auch jene sind, die gleichsam emotional am meisten mit dem politischen und ökonomischen Wiedererstarken Deutschlands in der Eurokrise zu kämpfen haben – und deren Öffentlichkeit entsprechend reagiert. Die Reaktion auf das „deutsche ökonomische Modell“, das man sich in Frankreich eben nicht überstülpen lassen will, war Nährboden für die Rhetorik einer Marine Le Pen, die diesem die Nostalgie einer erstarkten Fünften Republik entgegengestellt hat. Während kleinere EU-Staaten entweder resigniert oder sich mit der deutschen Dominanz in Europa de facto abgefunden haben, ringen die beiden ehemals großen Nationen am meisten um ihren Einfluss und ihre (schwindende) Rolle in Europa. In dieser Hinsicht mag das starke Anschwellen populistischer Strömungen gleichsam als Ausdruck einer kollektiven narzisstischen Kränkung gewertet werden.

Womit wir letztlich beim deutschen Wahlergebnis angekommen sind: Hierzulande war insbesondere die gestiegene Wahlbeteiligung bemerkenswert. Die Wahlentscheidung mit einer Mehrheit für *CDU/CSU* (35 Prozent), gefolgt von der *SPD* (27,3 Prozent), entspricht in etwa dem gesamteuropäischen Ergebnis für *EVP* und *S&D*. *Grüne*, *Linke* und *FDP* haben alle Stimmen und Sitze eingebüßt. Nicht so die *Alternative für*

*Deutschland (AfD)*: Sie hat ein bemerkenswertes Ergebnis erlangt und ist auf 7 Prozent und damit auch 7 Sitze im EP gekommen. Allerdings ist dieses Ergebnis besonders begünstigt worden durch die gleichzeitigen Regionalwahlen in einigen Bundesländern mit der Wahl zum EP: So wurde die Unzufriedenheit mit der nationalen Politik auf die europäische Ebene vermischt – was die *AfD* durchaus strategisch genutzt hat und im Europawahlkampf auf Deutschland-Zentrismus wie „Mut zu Deutschland“ oder „Einwanderung braucht klare Regeln“ setzte. Allerdings ist die *AfD* mit anderen populistischen Strömungen in Europa nur bedingt vergleichbar. De facto hat sich die *AfD* geschickt rechts von der *CDU* als neue wertkonservative Kraft in Deutschland positioniert und profitiert davon, dass die *CDU* bestimmte wertkonservative Positionen – Wehrpflicht, dreigliedriges Schulsystem, Frauenfrage – aufgegeben oder gelockert hat. Die Tatsache, dass es der *AfD* gelungen ist, in die konservative Fraktion des EP aufgenommen zu werden, ist hierfür sinnbildlich: Die *AfD* streift damit das Populisten-Image auf europäischer Ebene ab und schickt sich an, auch national zu einer konservativen, bürgerlichen Kraft zu werden, die bei den Bundestagswahlen 2017 zum „Königsmacher“ im aufgefächerten deutschen Parteiensystem werden könnte.

In den kommenden fünf Jahren haben die Abgeordneten im Europäischen Parlament und die nationalen Entscheidungsträger\_innen die Chance, die europäische Integration und Politisierung voranzutreiben. Gelingt dies nicht, steht die EU vor der Gefahr, wieder in ihre Einzelteile zu zerfallen – unsicher bleibt, was und wer dabei auf der Strecke bliebe. Eine echte Alternative dazu wäre eine starke, solidarische und gerechte Europäische Union.